EAPPI - Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel

Grundsätzlich gilt, dass Deutschland vor dem Hintergrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für die Existenz und Sicherheit Israels hat. Gerade weil Deutschland seine Verpflichtung gegenüber dem Staate Israel so große Bedeutung beimisst und daher so enge und freundschaftliche Beziehungen mit Israel pflegt, ist Deutschland andererseits in der Lage, auch schwierige Themen kritisch gegenüber Israel glaubwürdig anzusprechen. Bei Bedarf haben Bundesregierungen unterschiedlicher parteipolitischer Couleur über die Jahren öffentlich sowie in vertraulichen Gesprächen gegenüber ebenso wechselnden israelischen Regierungen unterschiedlicher Zusammensetzung sachlich angemessene Kritik in freundschaftlichen, klaren und verbindlichen Worten regelmäßig thematisiert.

Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet:
Die Besatzung Palästinas durch Israel kann keine dauerhafte Lösung des Konflikts im Heiligen Land bieten, da sie bestehende Spannungen anfacht und für beide Seiten zu Belastungen und einem Gefühl von Bedrohung führt. Ziel der Politik Deutschlands und seiner internationalen Partner ist daher die Lösung des Nahostkonflikts im Rahmen einer Zwei-Staatenlösung, bei der beide Staaten im Rahmen guter nachbarschaftlicher Beziehungen in Frieden nebeneinander leben können. Eine solche Lösung kann, damit sie beidseitige Akzeptanz findet, nur im Rahmen von Verhandlungen gefunden werden. Deutschland unterstützt daher die neuerlichen diplomatische Vermittlungsbemühungen, welche derzeit insbesondere von US-Außenminister John Kerry vorbereitet werden. Damit zwischen den Konfliktparteien eine konstruktive Gesprächsatmosphäre geschaffen wird, kann Deutschland durch wirtschaftliche Anreize begleitend unterstützen. Die nächsten Wochen und Monate bieten daher eine Chance, hier endlich zu politischen Fortschritten zu gelangen, die aus der langjährigen Stagnation herausführen.

Frage 3:
Der fortgesetzte Siedlungsbau Israels in Ostjerusalem und dem Westjordanland stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Erfolgsaussichten für substantielle Friedensverhandlungen dar, weil durch die Siedlungen einer einvernehmlichen Zwei-Staatenlösung Schritt für Schritt die territoriale Grundlage entzogen wird. Daher haben Deutschland und seine Partner diese Siedlungsaktivitäten regelmäßig scharf verurteilt und wiederholt einen Stopp des israelischen Siedlungsbaus gefordert. Die Mitgliedstaaten der EU betrachten die im Sechstagekrieg von 1967 von Israel eroberten Gebiete völkerrechtlich als nicht dem eigentlichen Staatsgebiet Israels zugehörig, sondern lediglich unter israelischer Besatzung stehend. Dies spiegelt sich in der jüngsten Klarstellung der EU-Kommission zur territorialen Ausdehnung bei der Projektzusammenarbeit von EU und Israel wider.

Frage 4:
Deutschland unterstützt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Projekte im Gaza-Streifen und dem Westjordanland. Dazu zählen Schulen, Kläranlagen und Solarenergieprojekte. Ziel ist, den Bedürfnissen der dortigen Bevölkerung in den Schlüsselbereichen Wasserversorgung, Bildung und Energie besser zu gerecht zu werden und somit zu einer wirtschaftlichen, sozialen und somit auch politischen Entspannung in den entsprechenden Gebieten beizutragen. Bundesminister Niebel hat auf wiederholten Reisen ins Heilige Land von Deutschland finanzierte Projekte demonstrativ besucht. Eine Zerstörung der durch deutsche Steuergelder finanzierten Projekte und Einrichtungen wäre inakzeptabel. Dies hat die Bundesregierung gegenüber ihren israelischen Partnern eindeutig klargestellt.

Frage 5:
Bei aller Kritik an Israel darf man nicht aus den Augen verlieren, dass Israel trotz der politischen Umbrüche im Rahmen des Arabischen Frühlings bisher weiterhing der einzige stabil funktionierende demokratische Rechtsstaat in der Region des Nahen Ostens ist. Vor dem Hintergrund wiederholter terroristischer Anschläge haben die israelischen Sicherheitsbehörden weitreichende Befugnisse bei der Bekämpfung terroristischer Strukturen. Bei der Verfolgung dieses legitimen Ziels kommt es jedoch auch auf israelischer Seite zu sicherheitspolitischen Maßnahmen zweifelhafter Verhältnismäßigkeit. Die Bundesregierung thematisiert diese Kritikpunkte offen sowie im vertraulichen Kontakt und erinnert die israelische Seite an ihre internationalen Verpflichtungen aus dem VN-Zivilpakt sowie der VN-Kinderrechtskonvention. Dies schließt Fragen zur Situation in israelischen Gefängnissen sowie die Inhaftierung Minderjähriger ein.

Der seit 1949 in unterschiedlichen Phasen eskalierte, über bereits drei Generationen ausgetragene, für beide Seiten gleichermaßen traumatisierende Nahostkonflikt wird nur zu einem friedlichen Ende kommen, wenn neben den Aushandlungen von für alle Beteiligten annehmbaren sachlichen Lösungen vor allem eines geschieht: Beide Seiten sollten neben der Verwirklichung der eigenen Interessen vor allem wahrnehmbare Zeichen der Anerkennung auch des Leides der jeweils anderen Seite senden. Damit die gegenseitig geschlagenen Wunden und Erniedrigungen heilen können, müssen sich beide Seiten auch menschlich gegenseitig besser wahrnehmen. Da in über sechs Jahrzehnten des Konflikts nahezu alle rationalen Lösungsmodelle bereits ausprobiert wurden, wäre es hilfreich, sich nicht nur „auf die Kopfebene“ zu beschränken, sondern auch auf „Bauchebene“ emotional versöhnliche Gesten zu senden. Hier bieten sich unzählige Möglichkeiten, wenn die Beteiligten kreativ sind und den guten Willen dazu aufbringen. Dies würde das gegenseitige Vertrauen stärken und die Lösung so mancher Fachfrage entscheidend erleichtern.

Wetter, 08.09.2013

Rosemarie Steinhauer